

Stahlempf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der Stahlempf erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: pro Ausgabe monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.60 Mark. Druck: Druckerei-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, Halle, Verdenstraße 14.

Verlagspreis: 18 Pfennig für den Stahlempf 686 und 687; 20 Pfennig für Restliche im Textteil. Bestellschein zu führen nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 21045, 21047. Telegr.-Adr.: Stahlempf. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Postfach: Leipzig 100545. Fritz Krosch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 4. Mai 1927

7. Jahrgang Nr. 104

Steigbügelhalter des Faschismus

SPD-Führer an der Spitze der Kommunistenhege Nun erst recht einheitliche Gegenaktion am 8. Mai!

(Sig. Drabim.) Berlin, 4. Mai.

Auf den Offenen Brief der KPD, Berlin-Brandenburg-Bezirk an den Ortsvorsitz des SPD, den Bezirksvorstand der SPD, und die Geschäftsführung des Reichsbanners von Berlin antwortet heute morgen durch den „Vorwärts“ der Bezirksvorstand der SPD, an das republikanische Berlin u. a.:

„Leht Euch nicht provozieren. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, ein Verbot des Stahlempfings zu fordern. Die KPD, freigelegt, gestatten sie alle Merkmale des zunehmenden inneren Zerfalls. Ihre grobverleideliche und gewalttätige Sprache bilden ein umgekehrtes Bildnis zu ihrer täglichen Kräfteausbeutung. Unter diesen Umständen muß die Frage aufgeworfen werden: Was bezwecken die Kommunisten mit ihren Drohungen und Provokationen? Nach den vielen trüben Erfahrungen aus der Vergangenheit lehnt der Verband ab, daß hier wieder einmal ein unehrenhaftes Spiel mit Arbeiterblut zur vorübergehenden Wiederbelebung der dahinsinkenden kommunistischen Partei getrieben wird.“

Die Erklärungen des „linken“ Bezirksvorstandes der SPD, der KPD, der KPD, und der KPD, werden in der Geschichte der Arbeiterbewegung als ein Schanddokument bezeichnet werden. Wenn die SPD, die berechtigte Abwehr der Arbeiterkraft gegenüber Stahlempfüberfällen als „Gewalttätigkeit“ bezeichnet, wenn die SPD-Führer die Organisation dieser Abwehraktionen als Faschismus behandeln und vor der schärfsten Denunziation nicht zurückweichen, kann stehen sie schon mit einem Fuß im Lager des Faschismus.

Sicher ist die wütende Seite der SPD-Führer gegen die kommunistische Partei nur eine Folge des Umstandes, daß die sozialdemo-

kratischen Arbeiter und Reichsbannermitglieder immer mehr die Notwendigkeit der proletarischen Einheitsfront begreifen. Die SPD-Führer sprechen von einer angeblichen Krise der KPD, um die Bekämpfung in der SPD und die selbst noch einem Kauf zwei zugehörige schwere Krise des Reichsbanners fortzuführen. Aber nicht das ist das Bedenliche. Das Bedenliche ist die offene Stellungnahme für die Stahlempfer. Was im Auftrag der Berliner SPD-Führer steht, könnte jede Stahlempferung wörtlich schreiben.

Die verbrecherische Hege gegen die Kommunisten, die schärfsten Denunziationen, die deutliche Aufforderung zu Massenverhaftungen der Kommunisten werden nichts nützen. Es wird den Sozialfaschisten weder in Berlin noch im Reich gelingen, die maßgebende Erregung der Arbeiterkraft zu beschmühen. Weder die Stahlempferproklamationen noch die SPD-Denunziationen werden es verhindern, daß die Arbeiter in gemeinsamer Front gegen den faschistischen Terror marschieren. Von Betrug zu Betrug, von Gewerkschaft zu Gewerkschaft wird sich die Front ausbreiten.

Denkt daran: Am 7. und 8. Mai gilt es zu zeigen, daß in Mitteldeutschland der Faschismus jetzt eine kampfbereite Arbeiterkraft finden wird, die keine Terrorpläne mit vernichtendem Gegenstoß beantworten wird!

Denkt daran: Der Faschismus ist das Werkzeug der Ausbeuterklasse, um die Arbeiterkraft einzuschüchtern, um deren Kampf um den Achtstundentag und um höhere Löhne mit Gewalt zu unterdrücken.

Fordert die Verhinderung der Faschistenansammlungen! Fordert die Mobilisierung der Gewerkschaften! Rufen zum 8. Mai!

Gewerkschaftsleiter Weihenfels fordert Berühmtheit und Gegenarbeit

Am 1. Mai nahm das Weihenfelser Gewerkschaftsleiter folgende Erklärung an, womit das Weihenfelser allen anderen Kartellen ein gutes Beispiel gibt:

„Durch das Weihenfelser der Bürgerliste-Regierung erhält der Faschismus neue Nahrung. Der Faschismus ist ein Bestandteil der Zukunftsregierung, die neben der Reichsmacht und Schupo den durch Faschisten erweiterten Machtapparat gebraucht, um die gegen die verächtliche Ausbeutung anstehende Arbeiterklasse niederzuhalten. Nur so sind die in letzter Zeit in Erscheinung tretenden vermehrten Überfälle auf revolutionäre Arbeiter zu bewerten, weil sie unter Führung der Regierung und deren Polizeikräfte vor sich gehen.“

Durch das Vorgehen der Faschisten in Verbindung mit der Regierung erwacht der Arbeiterklasse die größte Gefahr. Der revolutionären Arbeiterklasse soll nicht nur das Nahrung verweigert werden, sondern die Auflösung der Kampforganisationen des Proletariats ist das zunächst zu erzielende Ziel. Bei dem Weihenfelser der Bürgerliste-Regierung im letzten verächtlichen Nationalversammlungsmuß mit der Herrschaft des 48 der Reichsregierung als eines der Hauptziele der Zukunftsregierung angesehen werden.

Der Kampf der Faschisten am 8. Mai in Berlin ist der Beginn und die Auslösung des Kampfes der sich in unüberwindlichen Gegenangriff gegenüberstehenden feindlichen Kräfte:

Trutzkapital und proletarische Revolution.

„Ungeheiß dieses Kräfteausmaßes ist es unanständig, zu erklären: „Leht Euch nicht provozieren!“ Wer im Augenblick des Kampfes der um seine Existenz ringenden Arbeiterklasse empfindet, dem Gegner das Kampffeld zu überlassen, hilft beinahe dem Gegner, nicht aber der eigenen Klasse.“

Das Gewerkschaftsleiter Weihenfels, das sich seiner Verantwortung gegenüber der kämpfenden Arbeiterklasse nicht entziehen will, propagiert nicht nur das, daß die Regierung insofern die Geschichte des Trutzkapitals fördert und den Faschisten die Arbeiterbewegung gewährt, sondern es empfiehlt dem Arbeiter, sich zur Wehr zu setzen und den Kampf der Faschisten nach Berlin zu verlagern. Berühmtheit und Gegenarbeit am 8. Mai sind die gegebenen Kampfmaßnahmen der Kampforganisationen, die vorschlagen wir als geboten erachten.

Ortsvorsitz Weihenfels des ADGB.

Milde Strafe für Stahlempfder

(Sig. Drabim.) Düsseldorf, 4. Mai.

Nach dreimonatiger Verhandlung fällt das Erweiterter Schöffengericht Düsseldorf in dem Prozeß über den Stahlempfverfall

vom Juli 1926 auf den Reichsbannerkameraden Erdmann folgenden Urteil: Vier Stahlempfer wurden im Ganzen mit nur zwei Jahren 10 Monaten Gefängnis bestraft, während acht angelegte Stahlempfer freigesprochen wurden. Von den überfallenen Arbeitern erhielten folgende Strafen: Graf 2 Monate Gefängnis, Pfeifer 7 Monate Gefängnis, Anstuf 3 Monate Gefängnis, Leng 1 Monat Gefängnis, Neundörfer 5 Monate Gefängnis, während die anderen überfallenen Arbeiter, und zwar Blatts, Angeheuer, Meurer, Wapper und Jöhler freigesprochen wurden.

Angeheuerliche Urteile im Prozeß gegen die Rote Hilfe

(MTR.) Leipzig, 3. Mai.

Im Hohenzollernprozeß gegen sechs Berliner Kommunisten vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts wurde heute nach lebhaftem Verhandlung das Urteil gefällt. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen nach § 7 des Reichsstrafgesetzbuches und Hilfe zur schweren Verbrechen wurden verurteilt: der Sozialdemokrat Heinrich Weers zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, der Arbeiterführer Kleimier und der Justizrat Paul Egert zu je 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, der Arbeiterführer Mauritsch zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 200 M. Geldstrafe.

Die Geldstrafen und 10 Monate der Unterdrückungshaft wurden angedroht. Das Verfahren gegen den Sekretär des Bezirks Berlin-Brandenburg der Roten Hilfe, August Bruns, und gegen den Sozialdemokraten Bruno Kaufmann wurde auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß die Angeklagten sich seit Jahren der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht haben, indem sie politische Flüchtlinge und ausländische Emigranten, die vom Dberreichsamt wegen politischen Vergehens verfolgt wurden, mit Mitteln der Roten Hilfe in Deutschland einbrachten und längere Zeit verbergen gehalten haben. Berlin untergebracht und aus der Ausgabe von falschen Pässen, die aus der Sozialistenzentrale stammten, an Flüchtlinge betriebl. Sei ihm wurde deshalb ein besonders schwerer Fall angenommen.

Die Unterdrückung politischer Flüchtlinge, Opfer des weißen Terrors, als Hochverrat! Dieses neue Terrorurteil, das eine deutliche Aufforderung zur Auslieferung aller politischen Emigranten ist, muß nicht nur den Protest der Arbeiterkraft, sondern auch aller ehrlich denkenden Menschen hervorruhen, die aus Deutschland kein Ausflucht machen wollen.

Polizei plant Kommunistenverhaftungen!

Die „Welt am Abend“ hat aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß sich die Abteilung 1 A des Polizeipräsidiums mit der Absicht trägt, nach dem 8. Mai möglichst viele Funktionäre der kommunistischen Partei und des RFB, in Haft zu nehmen, um damit die Arbeiter einzuschüchtern und gleichzeitig die Zahl der Funktionäre am 8. Mai vermindern zu können.

Der 8. Mai

Von Ernst Schneller

Faschismus und Reformismus

Der Stahlempfverfall am 8. Mai in Berlin war ursprünglich für den 1. Mai geplant. Daß die Verhinderung erfolgte, ist leicht erklärlich. Keine Sabotage der reformistischen Führer des ADGB, und der SPD, hätte die einheitliche, geschlossene, gewaltige Abwehraktion gerade am 1. Mai zu verhindern vermocht; in noch viel stärkerem Ausmaß als gegenwärtig wäre schon der Untrug in Frage gestellt gewesen. Ein vollständiges Mißgelingen für den Faschismus und eine breite Welle der Einheitsbewegung in der Arbeiterkraft, — das wären die von vornherein zu berechnenden Ergebnisse.

Es erfolgte eine furchtbare Ueberretung: Solde, Schardt, Dittlerberg, Hindenburg, verzichteten auf die Demonstration am 1. Mai, — die, wie gesagt, ein vollständiges Mißgelingen hätte; und dafür „begnügten“ sich die Reformisten mit der Mai-Kundgebung. Man schloß Burgfrieden und wandte sich zugleich mit vereinter Kraft gegen die Kommunisten und roten Traktatpöler, die das Proletariat zur Abwehr des faschistischen Normarthes aufrufen, und die neben Gewerkschaftlern zahlreiche Reichsbannerkameraden zum gemeinsamen Vorgehen gewinnen.

Für die Zusammenarbeit zwischen Faschismus und Reformismus war das geplante Zusammenwirken am 8. Mai in Odenburg charakteristisch. Dort sollte Hindenburg, der Ehrenpräsident des Stahlempf, durch gemeinsamen Nachschub der Arbeiterkräfte, des Stahlempf und des Reichsbanners bekräftigt werden. Da die Reichsbannerarbeiter nicht mitmachten, kann die Vereinbarung nicht durchgeführt werden.

Die Bundesführung des Reichsbanners und die Leitung der SPD, — die so energig gegen das Zusammenwirken der Aktionen mit Kommunisten und RFB-Kameraden aufzutreten mußten —, sie hatten gegen den Odenburger Kammel nichts einzuwenden; sie kämpften vielmehr nach wie vor in bürgerlicher Eintracht mit den Stahlempfern und mit den Behörden — mit sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Ministern! — gegen die einheitliche Abwehraktion der Arbeiterkraft.

Damit sind zugleich die Fronten hergestellt! Die antifaßchistische Bewegung unter Führung der KPD, und des RFB, gewinnt immer stärker an Boden; es offenkundiger die Ueberretung in die antifaßchistische Reformismus und des Abwehrkampfes für den gesamten wirtschaftlichen und politischen Kampf, für Rückeroberung des Achtstundentages, für Erämpfung höherer Löhne, für Verhinderung des imperialistischen Krieges klar wird.

Der 8. Mai als Auftakt

Die Reformisten verschweigen geistlich die Tatsache und täuschen die Arbeiter darüber hinweg, daß der Stahlempfverfall am 8. Mai nicht Selbstmord ist, daß es sich um keine der in Berlin am Himmelstrahlende üblichen „Herrenpartien“ handelt (mensch auch der einzelne Stahlempfermann jederzeit ebensolche Alkohol eingepumpt bekommt), daß vielmehr der 8. Mai nur einen Abschnitt in der Gesamtentwicklung, in den Gesamtplan des deutschen Faschismus und damit der Politik des Bürgerkriegs und des Sozialfaschismus darstellt, daß darum der 8. Mai die Arbeiter nicht nur in Berlin, sondern in ganzem Reich angeht.

Für die Führer der Bewegung geht es vor allem um eine solche Zusammenfassung und Stärkung der faschistischen Kräfte und Organisationen, daß die weitere Offensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und zugleich die Steigerung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen von einer antifaßchistischen Massenbewegung getragen wird, und daß zugleich die Gegenbewegung von vornherein geschwächt oder erstickt werden kann.

Das Verhalten der reformistischen Führer ist von vornherein mit vollem Bedacht so eingeleitet worden, daß sie kein Mittel unversucht lassen, seine Anwendung finden werden. Im Interesse der Aufbauspolitik des Trutzkapitals das Zustandekommen einer einheitlichen Abwehrbewegung zu vermeiden. Die Stahlempfer, die Einflüsse; sie verstehen, die Faschisten zu organisieren, das Abmürren von Bewegungen; jede einheitliche antifaßchistische, antimperialistische Kampforganisation in der gegenwärtigen Entwicklung schwächt den reformistischen Einfluß, führt die revolutionäre Bewegung. So versteht die herrschende Klasse ausgezeichnet, die Verhinderung der reformistischen Positionen durch die Höfing, Weis, Reipart für ihre konterrevolutionäre Politik als Auslöser einzusehen.

Der Stahlempfverfall ist die Einleitung, der Auftakt für weitere Maßnahmen zur Einführung der offenen Diktatur in Verbindung mit Verhinderung des Betriebsfaschismus und Schwächung der Klassenorganisationen der Arbeiterkraft, der Gewerkschaften, Sportorganisationen usw. Die herrschende Klasse hofft in Verbindung mit dem 8. Mai unmittelbar den Anstoß zum verhängnisvollen Vorgehen gegen KPD, und RFB, zu erhalten — jedenfalls sind alle Vorbereitungen dazu getroffen.

Die Einheitsfront

Die Arbeiter führen die Zusammenhänge. Darum fand der Aufbruch der KPD, und des RFB, zur einheitlichen Abwehr so starken

Streikwelle in Deutschland

Trotz Schlichtungsdiktatur und reformistischer Sabotage

Widerhall. Die Reformisten konnten die Arbeiterbewegung nicht so unterbinden und lähmen, wie das geschehen war. Das zeigt der Fall Oldenburg, das zeigt das Verhalten der Berliner Reichsbanner-Ausschüsse (niemand wäre ausmarschiert), das zeigen die Zustimmungserklärungen aus Betrieben, Gewerkschaften, Sportvereinen in Berlin und im Reich. Das zeigt die Tatsache, daß selbst der „Vorwärts“ unter dem Druck der Massen keine ursprüngliche proreformistische Linie, die ausschließlich gegen die Kommunisten gerichtet war, ändern mußte.

Es gilt, die vorhandene, vielfach spontane Arbeiterbewegung zu führen und zur organisierten Einheitskampfbewegung über den 8. Mai hinaus zu erhalten und zu leiten.

Der 8. Mai muß keine lächerliche Antwort finden — neben den einheitlichen — alle Arbeiter und Werktätigen umfassenden Kundgebungen, Demonstrationen in allen Orten, neben gesteigertem Werbung und Betätigung für Gemeindefreiheit und für den Kampf um den Achtstundentag, neben Stärkung der Werkschutzvereine usw. — zugleich in der verstärkten Werbung für das 3. Reichstreffen des RFB zu Pfingsten in Berlin.

Es, wie der 8. Mai die Angelegenheit der sich kennzeichnenden Kollaterale ist, so muß die Arbeiterbewegung sich heiligen zum alle Arbeiter umfassenden Nationalen Kampftag in Berlin gegen Faschismus und Reformismus für die rote Front!

Wenn wir so den Kampf gegen den Stahlhelm aufmarschieren durchzuführen, — dann wird schon am 8. Mai nicht nur der Faschismus, sondern auch der Reformismus der DDB, Reichsbanner- und SPD-Führer eine Schlappe verlieren haben.

Die rote Front aber marschiert!

„Rote Frontkämpfer als Spitzel“

Schredliche Enthüllungen des „Vorwärts“

Berlin, 3. Mai. Fünf Tage trennen uns noch von dem Aufmarsch der Stahlhelmhorden in Berlin, der den Faschisten Oberwaller geben soll und der die Berliner Arbeiter zu geheimer Abwehr anspornt. Die Hörsing-Führer des Reichsbanners und die Stamper-Leute des „Vorwärts“ sehen ihre Stelle davonimmieren; sie wollen den Stahlhelm aufmarsch politisch unterbinden, indem sie die Arbeiter aus Berlin herausjagen; sie wollen das Reichsbanner passiv bleiben lassen und am 8. Mai ins Gräbe schiden. Der „Vorwärts“ hatte vorher erklärt, daß der Kampf gegen den 8. Mai ein gewaltiger Aufmarsch am 1. Mai sei.

Die Berliner Arbeiter sind am 1. Mai zu Hunderttausenden marschiert unter roten Fahnen und unter der Losung „Berlin ist und bleibt rot“. Die Reichsbannerarbeiter haben ausgedeutet gegen ihre Führung und gesagt, daß sie nicht gemitt sind, sich von den schwarzweißen Erzölen verprügeln zu lassen. Herr Hörsing hat alles mögliche versucht: er hat im Sportplatz in Berlin eine Rede gehalten, in der er gegen die Kommunisten und gegen den Frontkämpfer-Bund hetzte, er hat einen „Warmbrot“-Sondergottesdienst, der die Reichsbannerarbeiter praktisch zur Untätigkeit verurteilt, und alles das nichts genutzt.

Wiese und mehr haben die proletarischen Reichsbannerkämpfer ein, daß sie zur roten Front gehören, und wenn sie auch heute noch nicht Mitglieder des Roten Frontkämpfer-Bundes werden, so erkennen sie doch sehr gut, daß nur die gemeinsame Arbeit die Arbeiterklasse schlingen kann.

In dieser Situation, wo Hörsings Position immer kleiner wird, und die Reichsbannerkämpfer immer mehr mit uns zusammengehen, bringt der „Vorwärts“ die schredliche Nachricht, daß rote Frontkämpfer zu Spitzeln errogen werden!

Was hat der „Vorwärts“ entdekt? Er hat durch einen Spitzel eine Anweisung gefunden, die sich mit dem Gemeinderat des Roten Frontkämpfer-Bundes bezieht — in der gesagt wird — der „Vorwärts“ bruchts das selbst ab. „Die Gemeinderat“ des RFB ist in erster Linie und in der Hauptsache eine legale politische Massenarbeit. Und diese legale politische Massenarbeit, die in der Sammlung von Zusammenstellungen über schwarzweißrote und schwarzrote Verbände und ihre Zusammensetzung in der Agitation, die mit dem „Vorwärts“ eine Spitzelarbeit genannt! Der Zweck ist durchsichtig: die Reichsbannerarbeiter, die Verbindungen mit roten Frontkämpfern suchen und finden, sollen durch das Schredgespenst einer „Spitzel“ davon abgehalten werden. Der „Vorwärts“ weiß noch aus den Organisationslinien über den Aufbau des Roten Frontkämpfer-Bundes mitteilen, daß das Gemeinderat sich auch mit der Arbeit von konterrevolutionären Elementen von Spitzeln und bespitzelten Subjekten befaßt.

Der „Vorwärts“ will behaupten, daß die Richtlinien über den Aufbau des Roten Frontkämpfer-Bundes einmal den Funktionären der Organisation bekannt sind. Aber diesen funktionären Umfang des „Vorwärts“ könnte man lassen, wenn nicht dahinter die Absicht stünde, die Reichsbannerkämpfer und sozialdemokratischen Arbeiter uns zu entziehen. Der Zweck des Manövers ist allzu durchsichtig. Der „Vorwärts“ will förmlich unterlegen und hilft dem Stahlhelm. Der „Vorwärts“ will die Reichsbannerkämpfer in Frontkämpferstellung gegen uns bringen und wird dabei doch pleite machen.

Soll sich der Rote Frontkämpfer-Bund etwa nicht gegen die Epitel und Provokatoren, die ausgesendet durch sozialdemokratische Polizeimänner in die Organisation hineingeschickt werden, wehren und kommt die belohnte Brut des „Vorwärts“ vielleicht gerade daher, daß solchen Würsten das Handwerk gelegt wird?

Wieder ein neuer Schwindel festgestellt

In verschiedenen Veranlassungen unseres Bezirks sind, wie uns berichtet wird, SPD-Arbeiter aufgetreten mit der Behauptung, daß das schändliche Arbeitsgesetz im Reichstage nur durchkommen sei, weil 15 Abgeordnete der Kommunistischen Partei es nicht für notwendig gehalten hätten, bei der Abstimmung zu erscheinen oder vielleicht abkommandiert gewesen seien!

Diese Behauptungen haben viele Arbeiter natürlich nicht aus sich heraus, sondern sie sind ihnen von den Führern der SPD, bzw. den Gemeinderäten gesagt worden. Das aber ist der Tatsache selbst an sich. Es haben neun Mitglieder der kommunistischen Fraktion erklärt, die wegen Krankheit und sonstiger Unwohlseinheit für die Erscheinung nicht ermächtigt konnten. Die sechs folgenden Abgeordneten, die aus der kommunistischen Partei ausgeschieden bzw. ausgeschlossen sind, und zu deren Führern sich beziehungsweise die SPD-Stelle gemacht hat, können unmöglich der SPD in die Schuhe geschoben werden. Bei der SPD, aber haben 18 Abgeordnete bei der Abstimmung gefehlt. Die Abstimmung erfolgte mit 195 gegen 184 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Bei den Demokraten, die gegen das Gesetz stimmten, fehlten sechs Abgeordnete, bei den Sozialdemokraten, die für das Gesetz stimmten, fehlten insgesamt 67 Abgeordnete, also 28 mehr von den Parteien, die für das Gesetz stimmten.

Abgesehen von diesem Tatsachebestand ist es eine völlige Fiktion, daß die Arbeiterarbeit, wenn man sie immer wieder glauben machen will, daß die einem anderen Abstimmungsergebnis der Abstimmung ist in den Schen fallen konnte. Nur der offene Kampf wird der Arbeiterarbeit den Achtstundentag wiederbringen.

Für das deutsche Walzgewerbe fanden am 21. und 23. April im Reichsarbeitsrat Verhandlungen statt. Das Ergebnis war, daß am 30. April 1927 (einstufig) die Löhne erhöht werden, es sei die Verhandlung des weiteren Streiks oder Mittelsregelungen zu ändern, doch dadurch neue Verhandlungen befristet erscheinen. (1)

Berlin, Am 2. Mai wurden erneut Verhandlungen über den Reichsarbeitsrat des Rahmenvertrages der Berliner Metallindustrie geschlossen, die aber wiederum ergebnislos verliefen. Durch dieses erneute Scheitern der reformistischen Bestrebungen, die Frage eines neuen Rahmenvertrags auf alle Fälle im Verhandlungswege zu erledigen, wird der Kampfeinstreik der Berliner Metallarbeiter unvermeidlich. Viele Betriebsräte verlangen Vorbereitungen für den rücksichtslosen und aktiven Kampf um den Achtstundentag.

Die Dienstler in Groß-Berlin haben seit drei Wochen im Streik. Von den 700 im Baugewerbe organisierten sind bereits 180 zu den neuen Bedingungen wieder in Arbeit. Damit ist der Streik infolge des beginnenden Juliendruckes der Unternehmerfront nur noch ein partieller.

Die Arbeiter der Magdeburger Zuckerraffinerie haben am 30. April die Arbeit niedergelagt. Der von der Arbeiterfront angenommene, von den Unternehmern aber abgelehnte Schlichtungsplan wurde vom Schlichtungsausschuss ebenfalls abgelehnt, worauf die Arbeiter in den Streik traten.

Nach der Arbeitseinstellung bei zehn Firmen der weiterarbeitenden Eisen- und Metallindustrie in Saarbrücken hat der Arbeitsgeberverband der Saarindustrie einmütig die Gehaltsaussperrung aller in den Metallbetrieben beschäftigten Arbeiter beschloffen. Die Ausperrung beginnt am 7. Mai. Die Rüstungsbetriebe wurden bereits getätigt. Die Unternehmer verlangen gemäß dem Schlichtungsplan die Reduzierung der Löhne um 10 Prozent.

Am 23. April sind auf Grund eines Beschlusses des westfälischen Stahlindustrie-Verbandes die Eisenarbeiter aller diesem Verbande angehörenden Betriebe ausgespart worden. Von der Ausperrung wurden mehr als 2000 Eisenarbeiter betroffen. Ursache dieser Ausperrung ist die von den Gewerkschaften geforderte 20prozentige Löhnerhöhung sowie Zahlung einer außerordentlichen Teuerungsausgleichs. Statt dieser Forderungen verbotenen die Industriellen mit einer einprozentigen Löhnerhöhung die Streik-

Annehmbarere Schlichtungsplan im Baugewerbe

Am 2. Mai fanden beim hiesigen Tarifamt erneut Verhandlungen über die Bauarbeiterlöhne statt, da das Haupttarifamt in Berlin nach Fall zurückberufen hatte. Das Tarifamt hat nun trotz der guten Konjunktur im Baugewerbe und der hohen Gewinne der Industriellen folgendermaßen entschieden:

Für Facharbeiter:						
Lohnklasse	Magdeburg	Sonderklasse I	II	III	IV	V
ab 21. 4. 1927	8	6	7	6	4	4 Pf. pro Std.
„ 29. 9. 1927	8	6	3	3	3	3

Für Bauhilfsarbeiter:						
Lohnklasse	Magdeburg	Sonderklasse I	II	III	IV	V
ab 21. 4. 1927	6	6	5	4	4	3 Pf. pro Std.
„ 29. 9. 1927	1	1	1	1	1	1

Für Tiefbauarbeiter:						
Lohnklasse	Magdeburg	Sonderklasse I	II	III	IV	V
ab 21. 4. 1927	5	5	4	4	3	3 Pf. pro Std.
„ 29. 9. 1927	2	2	2	2	2	2

„ Falls gehört bekanntlich zu Sonderklasse 1. Für Eisenbau sind 4 Pf. mehr, aber nur für Facharbeiter, festgelegt; für Weichenbau 4 Pf. mehr, für Bauhilfsarbeiter 4 Pf. mehr. Gebiete: Groß-Holzindustrie, Hamburg und Wismarsche, werden zu Sonderklasse 1. Ferner ist festgelegt, daß nach dem Reichstarif S 6, 3 ausgeübt über 19 Jahre als Vollgelehrten rechnen.

Die Lohnansprüche, auch von Inquilinen in den Betrieben ausgehenden Arbeitern, müssen bis 10. Mai geltend gemacht werden.

Die Verhandlungen über die Arbeitssitzung gehen heute weiter.

8 Stunden gehen gekündigt

Am Montag haben Eisenbahner der Bahnwerkzeugfabrik in Mannheim 8 Stunden den Betrieb verlassen. Da sie stiller blieben, wurden sie entlassen. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

Zeistreib bei der Leipziger Straßenbahn

Das technische Personal der Großen Leipziger Straßenbahn hielt am Dienstag eine stark besuchte Versammlung ab, in der beschlossen wurde, am 11. Mai ab 1 Uhr 30 Min. die Arbeit zu streiken. Die Maschinen- und Heizer in den Kraftwerken der Straßenbahn beschließen, sich anzuschließen.

Das Fahrpersonal will am Donnerstag und Freitag eine Urabstimmung vornehmen.

Die Annette im Rechtsauschuss des Landtags abgewürgt

Der Fall Jürgens noch nicht verhandlungsreif

Vor Beginn der Landtagseröffnung sollte der Rechtsauschuss die Anträge der Kommunisten zum Fall Jürgens und die Freue des Annettes behandeln. Die Regierung teilte mit, daß das Urteil gegen Jürgens noch nicht fertiggestellt sei und sie daher eine Vertagung der Verhandlung verlangen müsse. Die Kommunisten forderten eine Angabe darüber, wie lange die Regierung die Sache noch hinausziehen wolle und eine Auskunft, ob es Disziplinarverfahren gegen Jürgens bereits eingeleitet sei, was der Landtag verlangt habe, wurde nur zugestimmt, daß Jürgens als Richter zunächst nicht beschäftigt werden würde.

Ueber den kommunischnen Annettenantrag erstattete der deutsch-nationale Abgeordnete Seelmann Bericht und empfahl die Ablehnung der Annette. Genosse Obus begründete darauf den von den Kommunistischen Fraktion ausgeübten Gehelmschutz, er wies darauf hin, daß die Fall-Annette zum Jahre 1925 keine Verurteilung gefunden habe. Gegenüber dem die unrichtige Rechtsprechung auch die dritte Öffentlichkeit auf die Arbeiteröffentlichkeit der Justiz aufmerksam geworden sei. Diese „Vertauensstrafe“ der Justiz, sagte Genosse Obus aus, sei dann noch verhängt worden, als die wirtlichen politischen Zusammenhänge der Jahre 1923 und 1924 aufgezeigt wurden und sich herausstellte, daß der Sozialdemokrat Jürgens und die Fall-Annette nicht eine Folge der Verurteilung des Jürgens, sondern eine Folge der unrichtigen Entscheidung des Reichsarbeitsrats sei. Die wirtlichen Zusammenhänge der Jahre 1923 und 1924 aufgezeigt wurden und sich herausstellte, daß der Sozialdemokrat Jürgens und die Fall-Annette nicht eine Folge der Verurteilung des Jürgens, sondern eine Folge der unrichtigen Entscheidung des Reichsarbeitsrats sei.

Ministerialrat Rucht erklärte, daß es nach einer Umfrage in den Gewerkschaften nur noch 81 von den Bezörtern unterzante

arbeiter und sperrten sie aus, um sie unter das Lohnbild zu zwingen.

Da auf „Gottes Hilfe“ im Oelenitz-Lagauer Kohlenzevier bauern Nachschichten verfahren werden, beschloß die Belegschaft, die Belegschaft der bauenden Nachschichten zu fordern, und solange dies nicht geschieht, einen Streik mit Lohnausfall. Sie beauftragte den Bergarbeiterverband mit der Durchführung und verlangt gleichzeitig vom Landtag den gesetzlichen Schutz.

In der polnisch-oberdeutschen Kohlenindustrie ist in diesen Tagen mit einem Streik zu rechnen, da die Industriellen am 1. Mai die Löhne herabzusetzen beschloffen haben. Gegenwärtig finden noch Verhandlungen statt.

In den meisten Betrieben des norddeutschen Wollkonzerns ruht die Arbeit. Die Stimmung der streikenden Legiarbeiter und arbeiterinnen ist glänzend. Da es den Unternehmern bisher nicht gelang, Streikbrecher in nennenswerter Anzahl zu bekommen, wird erwartet, daß die Legiarbeiterbesetzung, zur Generalausperrung zu greifen.

Nachdem die Schenkerhandlungen des Befehlsgewerkschaftsverbandes in Königsberg mit den Unternehmern gescheitert sind, verließen am 28. April die Schenker rektlos sämtliche Betriebe der Maschinenerei. Die Forderung der Arbeiter betrug 10 Prozent, während die Unternehmer den Lohnabzug verlangten.

Eine Betriebsversammlung der Weisenheimer von Wäinlon, St. Großbrook bei Hamburg, hat beschloffen, den Betrieb nach acht Stunden zu verlassen und dadurch den Erwerb des Lohns zu verhindern, erlich wieder in den Produktionsprozess eingereicht zu werden.

Bei der Firma Traun & Söhne, Hamburg (800 Arbeiter) und bei ihrer Schwesterfirma in Harburg (700 Arbeiter) war ein Schlichtungsplan auf 6 Pro. Löhnerhöhung gefällig worden. Da die Firma die Löhnerhöhung ablehnte, wurde in einer Betriebsversammlung einmütig beschloffen, ein Ultimatum zu stellen und bei dessen Ablehnung sofort in den Streik zu treten. Die von den Reformisten geforderte Urabstimmung ergab in Hamburg 98 Prozent und in Harburg 97 Prozent der Belegschaft für den Streik, wodurch auch dieses neue Manöver der Gewerkschaftsbureaucratie glänzend vereitelt wurde.

politische Gefangene gäbe. Genosse Mengele kennzeichnet diese Strafmaßnahme, indem er allein 464 Gefangene als von der roten Hilfe unterstellt nachweise. Dazu Frauen und Kinder in noch größerer Zahl. An praktischen Beispielen zeigte er, wie die Gefangenen zu unheimlich von Gefangenen den Charakter des politisch Verurteilten abspüren.

Auch der Sozialdemokrat Kuttner lehnte eine Amnestie ab, da zurzeit die politischen Gefangenen keine Massenerscheinung wären, die ein Gesetz notwendig machen. Für die vorhandenen Fälle genügen auch einzelne Begnadigungen!

Die Amnestie wurde darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialisten abgelehnt. Die kommunistische Fraktion verlangte an das Parlament, um diesen schändlichen Verlaufs der Sitzung zu verhindern. Die kommunistischen Arbeiter werden nun erst recht den Kampf für die Befreiung aller proletarischen Gefangenen aufnehmen.

Der Ausreißer erhält 5 Millionen

Von Deinen Großen bezahlt er seine Partei

Gestern erfolgte die laut Hohenzollern-Bertrag fällige Zahlung der dritten Rate durch das preussische Staatsministerium an die Hohenzollern. Wiederum erhielt der Defektor von Doorn — mit lastendematrischer Hilfe! — 5 Millionen Mark, um damit ein handgemessenes Leben führen zu können. Wogu aber die Steuergebe der republikanischen Staatsbürger von ihm noch bezahlt werden, löst folgenden Bericht!

Die Leitung der vor einigen Monaten in Berlin gegründeten „Deutschen Kaiserpartei“ hatte sich vor etwa drei Wochen durch Vermittlung des Admirals a. D. von Reuber-Polewin an den Kaiser in Doorn gewandt, um von ihm finanzielle Mittel für die Organisation einer großartigen Parteipropaganda innerhalb des ganzen Reiches zu erhalten. Wilhelm II. hatte daraufhin dem Gründer der Partei Major von Tschirner-Schirne in einem eigenhändigen Handzettel erklärt, er werde bemüht sein, die Bestrebungen der Partei in jeder Weise, auch finanziell, nach Kräften zu fördern. Dieser Tage ist nun bekannt geworden, daß die in Berlin befindliche „Vermögensverwaltung des königlichen Hauses“ bereits von Doorn aus angewiesen ist, einen gewissen Betrag an den Gründer der Partei Major von Tschirner-Schirne in einem eigenhändigen Handzettel erklärt, er werde bemüht sein, die Bestrebungen der Partei in jeder Weise, auch finanziell, nach Kräften zu fördern. Dieser Tage ist nun bekannt geworden, daß die in Berlin befindliche „Vermögensverwaltung des königlichen Hauses“ bereits von Doorn aus angewiesen ist, einen gewissen Betrag an den Gründer der Partei Major von Tschirner-Schirne in einem eigenhändigen Handzettel erklärt, er werde bemüht sein, die Bestrebungen der Partei in jeder Weise, auch finanziell, nach Kräften zu fördern.

Das muß man feststellen, daß die Deutsche Kaiserpartei durch die Unterstützung des Wiederbauer Parteiführers Bruno Schirner in Doorn, ein Vermögen von 5 Millionen Mark erhalten hat. Diese Partei besitzt angeblich nicht einmal ein Programm. Aber der Mann, der als Hauptziel die Wiedereinführung der schwarz-weißroten Reichsfarben gestellt hat, den „Kaiser“ der Deutschen, „bekämpft“ und ein „Volkstafelzettel“ fordert, liegt klar auf der Hand, daß man es hier mit einer radikalen Propagandainitiative monarchistischer Doorn, mit den Bestrebungen der Wiederbauer Parteiführer nach Deutschland zu tun hat. Diese Propaganda kann nur Mittelstimm in den Millionen bezahlen, die ihm mit Hilfe der deutschen Sozialdemokratie von der deutschen Republik an den Hals geworfen worden sind!

Es geht wirklich nichts über die Demokratie!

Der Landtag behandelt den Trutent

Nach fortwährender Ruhe nahm der Landtag seine Plenarsitzung am 11. Mai auf. Zunächst wurde der Bescheid beraten. Eine Anzahl, besonders kommunistischer, Anträge auf Erweiterung der Unfallversicherung im Bergbau, auf sofortige Einführung der lebenslänglichen Arbeitszeit unter Tage usw. liegen vor. Bis Pfingsten soll der ganze Etat durchgeführt werden!

In der gestrigen Beratung kamen neben dem Sozialdemokraten Kuttner vier Bürgerliche zum Wort. Landtagsminister Schreiber vertrat wieder mal alles mögliche, um zur Verringerung der Unfälle und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse im Bergbau beizutragen. Er sprach sich besonders gegen das Unterlegen des französischen Bergbaues in das Saargebiet aus. Seine Rede war eine einseitige und konsequente Vertretung der Wirtschaftspolitik der Bergindustriellen. Sein Wort gegen die preisgeordneten Arbeiter des Bergbaues, gegen alle Einrichtungen der Rationalisierung im Bergbau usw. Minister Dr. Schreiber bewies mit seiner Rede aus neue, daß auch die preussische Regierung eine Interessensvertreterin des neubourgeois Imperialismus ist — trotz der Reaktion mit den Sozialdemokraten!

200-Millionen-Kredit für die Junter

Nach Meldungen der deutsch-nationalen Presse trägt sich das Reichsfinanzministerium und die Reichsbank mit dem Gedanken, der Junter einen Kredit von 200 Millionen zu gewähren. Der Reichsbank wird alle notwendigen Zusagen, die von ihr aufgebracht werden zu Geldschöpfungen für die deutsch-nationalen Junter vorzuziehen zu lassen.



Schuhreparatur - Großbetrieb
Arthur Vogel
 Bitterfeld, Ratowall

Schuhreparatur - Großbetrieb
Arthur Vogel
 Bitterfeld, Ratowall

Otto Viebmann
 Bitterfeld
 Feinestes Spezialgeschäft für
 Kristall, Glas, Porzellan,
 Steingut
 Halleische Str. 14

Lederanschnitt
 Schuhmacher-Bedarfsartikel
 Sammlabgabe billig
Reinhold Hannibal
 Bitterfeld
 Halleische Straße

Kindewagen
Carl Molt
 Bitterfeld
 Bismarckstraße 11
 Tel. 22009

Billig Müssen
Goldschelder
 Bitterfeld Bitterfeld
 Seiten-Billig Meißel

Die Jelen Artlung u. Sommerabend
Ziegenkammer
H. Andrae, Bitterfeld
 Rathenaubr. Rathenaubr.
 Wid-u. Geflügelhandlung
 Südrüchte

Führer
Nähmaschinen
Otto Döhmel
 Bitterfeld, Deffauer Straße 4
 Reparaturwerkstatt für Motor-
 fehrzeuge, Fahrräder, Näh-
 maschinen, Autogene
 Schweißerei u. S. d. r.

Bitterfelder
Möbel-Hallen
 Nahe Stadigut Nahe „Stadt Wien“
 Die anerkannt vorzei-
 lhafteste Bezugsquelle für
Möbel, Spiegel u.
Polsterwaren

die billigsten Preise
 die guten Qualitäten
 die große Auswahl
Wäsche u. Wollwaren-Lager
Anne Reider
 Bitterfeld
 5 Burgstraße 5

Karl Bernhardt
 Fleischermeister
 Zopferstraße 24 Bitterfeld Zopferstraße 24
 Jeden Dienstag:
 Frische Bräuhwürstchen

Astoria-Lichtspiele
 Bitterfeld, Bismarckstraße 56
 Das Lichtspielhaus für jeden-
 man mit den preiswürdigsten
 Eintrittspreisen: 0,60 0,80
 1,00 1,10 und 1,20 Mark
 Jeden Dienstag u. Freitag
 neues Programm

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herren-Artikel - Schuhwaren
Kaufhaus Hermann Henze
 Bitterfeld
 Rathenaubr. 1 Rathenaubr. 1
 Feinestes Spezialgeschäft
 am Platz

Porzellan
Otto Stumpf
 Bitterfeld
 Größtes Spezialhaus
 Hotelgasse

St. Henschelwaren
Hedwig Hermes
 Grünwarenhandlung
 Bitterfeld, Bismarckstraße 4

Bildereinrahmung
 Glas :: Porzellan :: Steingut
Emil Ehrlich
 Bitterfeld
 Bismarckstraße 19

Welt-Theater
 Tel. 2176 Bitterfeld Tel. 2176
 Größtes Lichtspielhaus am Platz
 Führer des Theaters nach Genetischen
 Jeden Freitag u. Samstag Programmwechsel
 In den Weltkriegerkesseln
 Mittwoch die Sonntag:
 „Dill“, die Jagd auf Kanäle
 Samstag!
 Jeden Mittwoch und Sonntag
Tanzdiele

Umar Andrae
 Köchschäfermeister
 Bitterfeld, Mühlentstraße
 Geoppt, Kaffeearten
 empfehlen
H. Fleisch- und
Wurstwaren
 Spezialität: A. Sauerbraten

Kaufe bei
Uhlig, Bitterfeld
 1 Burgstraße 1
 Schuhwaren, Konfektion

Optiker
Horkkühner
 Bitterfeld, Deffauer Straße 80
 Optik - Photo
 Biergarten aller
 Krankentassen

Spezialgeschäft für
 Herrenartikel u. Lederwaren
Paul Raack
 Markt Markt
 Prima
 hamschlacht, Wurstwaren
 zu billigen Preisen
Wilhelm Dohle
 Bitterfeld, Sommerstraße 4
 Kolonial- und
 Materialwaren

Südfrüchte
Marie Niekner
 Obst- und Gemüsehändler
 Bitterfeld, Innere Jörbig, Str. 2

Kaufe nur in der billigen Gde
 Süte :: Herren-Artikel :: Müssen
F. Reibenbach
 Halleische Str. 29 Bitterfeld Halleische Str. 29

H. Kühle
 Bitterfeld, Deffauer Straße
 Linoleum :: Tapeten
 Backstube
 Lederwaren :: Keilseifen
 Geschenkartikel

Richard Bley
 Bitterfeld, Deffauer Str. 20
 Kolonialwaren, Zigarren, Weine, Spirituosen

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Wittenberg

Wittenberg

Kaufen Sie

Schmiedicke
 KONFITUREN
 Ohne Zwischenhandel
 Stets frisch zu billigsten Preisen
 Halle a. d. S., Geißstraße 15
 Lützen, Leipziger Straße 8
 Jaltendorf, Bahnhofstraße 15
 In Wittenberg 4 Verkaufsstellen

MÖBEL
 kaufen Sie vorteilhaft
 — bei —
Otto Randelhardt jr.
 Wittenberg, Elbstraße 3

E. Bendheim Nachf.
 Wittenberg, Markt 25
 Herren- u. Knabenbekleidung
 stets billig und gut

Süte + Müssen
Belwaren
 kauft man vorteilhaft bei
Aug. Pinke, Wittenberg
 Kollegienstraße 24

Rinsky & Co.
 Markt 9 Wittenberg Markt 9
 Spezialgeschäft in:
 Kurz-, Weiß- und Wollwaren
 Wäsche, Kleider- u. Hülfartikel
 Seiden- und Baumwollwaren
 zu billigen Preisen

Morik Weik, Wittenberg
 Kollegienstraße 88
 Große Auswahl in erhalteneren
Fahrrädern
 Diamant, Schwinge, Tandem, Ziel
 Ein Reparaturwerkstatt
 Billigste Preise Gute Service

Beste und billigste Internat für
Gas- und Stromgeräte
 Installationen
Licht- u. Kraftwerke
Wittenberg
 Halleische Straße 30
 Fernruf 55, 553, 853

Farbwaren
Tapeten
Farben-Thiele
 Spezialgeschäft
 Wittenberg

Gebr. Hirschfeld
 Wittenberg
 Stets große Auswahl in:
Kleiderstoffen und
Damentonfektion

Sind Sie schon Mitglied im
Konsumverein für Wittenberg u. Umg.
 e. V. m. b. H.
 Beitrittsbedingungen
 sind in den
 Verteilungsstellen
 erhältlich

Uhren und Goldwaren
Paul Flemming
 Wittenberg, Mühlstr. 17
 Reparaturen preiswert

Kind- und Schweinefleischerei
Albert Sydow
 Fleischermeister
 Wittenberg
 Schloßstraße 10
 Fernruf 650

Gustav Schulz
 Eisenhandlung
 Lutherstadt Wittenberg
 Ia Werkzeug
 für alle
 Berufe

Gustav Voigt & Co.
 Wittenberg, Lindenstraße 11
Beleuchtungskörper
 alle Apparate für Gas
 und Elektrizität
 Kauf
 Teilzahlung
 Miete

Konfektion
Kleiderstoffe
Kaufhaus Max Salzmann
 Wittenberg - Jüdina
 Preiswerte Bezugsquelle
 für sämtliche Artikel
 bei täglichen Bedarfe
Berufs- und
Wäsche

vorzuziehen kauft man
 Damen-, Herren-, Arbeiter-
 und Knaben-Bekleidung
 Spezialität: Wurstwaren
J. Breiminger, Wittenberg
 Mühlentstraße 7
 Modell
 Haus auf Lager

Otto Langer, Wittenberg
Wäsche
 Größte 35, Herren-
 ... 37,
 Große Auswahl in:
 Haus- und
 Küchengeräten

Alle Drucksachen
 liefert schnell, gut und preiswert die Produktiv-Genossenschaft in Halle a. d. S., Verchenfeldstraße 14

Wem dient die bürgerliche Presse?

Arbeiterfrauen im Banne der bürgerlichen Zeitungen

Wenn man auf Abonnentenwerbung für unsere Zeitung geht, macht man oft die Erfahrung, daß wohl der Mann geneigt wäre, die kommunistische Presse zu abonnieren, er sich aber zu schwach weiß, die Wirtin zu überzeugen, die seine Frau zu überzeugen. Im zwei Zeitungen zu halten, reicht das Einkommen des Mannes nicht aus. Die Frau behauptet aber, daß die bürgerliche Tageszeitung mit ihren Anzeigen nicht beruht auf Einnahme und so muß der Mann darauf verzichten, sich die Erkenntnis und Begriffe zu erwerben, mit denen bedient er allein in der Lage ist, die Existenzbedingungen seiner Klasse und folglich auch seiner Familie zu heben. Aber was bietet die bürgerliche Presse der Frau, die Familie? Sind die Artikel immer wiederholende Geschwätzereien notwendig für die Führung der Hausarbeit? Nicht im geringsten. Den Bedarf an Lebensmitteln deckt man nachgewiesenermaßen am besten im Kontumladen. Hat man aber Erweiterungen der Bekleidung oder des sonstigen Bedarfs notwendig, so schaut die vorzügliche proletarische Hausfrau nicht nach dem Annoncenenteil der bürgerlichen Zeitung, sondern sie wird durch den Annoncenenteil der „Arbeiter-Zeitung“ darüber aufklären lassen, wo sie einkaufen kann.

Für die Damen und ihre Welt — nichts für die Arbeiterfrau.

Bei gründlicher Prüfung der Tatsachen fallen alle Argumente der Frau in sich zusammen. Betrachtet man aber die übrigen Klassen einer solchen Zeitung, so zeigt sich erst, daß sie nie die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt. Sie will heute nicht schreiben, welche verhängnisvolle Wirkung auf Arbeiterfrauen der politische und wirtschaftliche Teil einer bürgerlichen Zeitung, sondern den besonderen Bedürfnissen für die weiblichen Leser, wie „Die Frau und ihre Welt“, sollen einige Betrachtungen gemeldet sein.

In 3 Wochen — 1000 Abonnenten

angenommen hat unser „Klassenkampf“. Die meisten Erfolge wurden die Genossen im Unterbezirk Teuchemise-Kaumburg-Zeitz.

Im Bitterfeld-Wittenberger Industriegebiet muß deshalb nachgeholfen werden

Die „Freie Presse“ kann gar nicht den Anforderungen unter der Bevölkerung finden, den die Herren Sozialdemokraten erhoffen.

Arbeiter können die Arbeiter nicht ewig bestören!

Genosse, wenn Du Deinen Arbeitssorgen Deine Zeitung zur Verfügung stellst, lernst er sie schätzen, er geht dann mit Dir den einzig richtigen Weg zum proletarischen

Klassenkampf

Sicherlich sind 80 Prozent der Abonnenten Angehörige des schaffenden Volkes. Daß aber eine bürgerliche Zeitung nur die Interessen der übrigen 20 Prozent vertritt, zeigt diese Rubrik am deutlichsten. Allen Artikeln für „Die Frau und ihre Welt“ liegen die Verhältnisse nur schwerreicher Familien zugrunde. Da wird mitgeteilt:

wie man die Wohnung prunkvoll einrichten kann

mit kostbaren Teppichen und Möbeln. Dann wird demütigt, wie man die Dienstboten am besten auf ihre Euphorie prüft, und wie man sie behandeln muß, um

die nötige Distanz zwischen Frau und Magd

zu erhalten. Für die Zeit der Wäsche der Taugenitze und häuslichen Gefelligkeiten muß die „Dame“ über die herrschende Mode-richtung orientiert sein. Zauberkraftige Gesellschaftslieder lassen sich durch geschmackvolle Kombination von Weißtischdecken, ornamentaler Tischdecken und Blumenmotive mit farbiger Perlenumrandung auf Crepe de Chin, Crepe Georgette, Spitzen oder Tulle herstellen. Dann wird behandelt:

wie man sich schminzen soll,

wie oft man am Tage die Toilette wechseln soll, und wie jede für die entsprechende Tagesszeit bedarf sein muß. Dann wird erklärt, ob „Wochenendgesellschaft oder freies Wesen“. Das wird spielt bei der ganzen Sache, man nimmt an, daß man eine Frau ist. Dann wird aufgeführt, alleintretende Damen, die aus dem urbanistischen Beruf gedrängt sind, sollen sich als Tierpflanzergärten auskleiden. Nur müssen sie über Haus mit Hof und Garten verfügen, den Grundbesitz für ein richtiges Tierpenkonst. Ein lobender Ermerbsweg ist dieser Beruf sicher, denn das reifende Publikum lehnt sich danach, den der Sorge für ihren „Diebling“ während der Reifezeit entbanden zu sein.

„Man nehme 3 bis 4 Pfund Rindfleisch...“

Die Spalte „Für die Küche“ zeigt ganz besonders, für wen die bürgerlichen Zeitungen schreiben. Da wird empfohlen: Man nimmt drei bis vier Pfund Rindfleisch, spült es sehr bald mit Speckwasser und gibt zur Seite Wein. Rindfleisch mit Speckwasser, Schellfisch auf brasilische Art, Leinölsoße und Pfefferkörner werden rezeptiert. Die politische Lorie ist etwas ganz besonders Bittantes! Da fällt man ein Bierellieremah mit Eibiotern, nimmt noch saure Sahne, Biberzucker, Apfrosinmus, seine Mandeln, Zitronat und nochmals acht Eibiotter und man bekommt den letzten Willen für den gelben Gaumen.

So empfiehlt „Die Frau und ihre Welt“ ihren Lesenden, daß sie sich ihr Leben gestalten sollen. Und da nicht es noch bürgerlichen Familien, die sich eine Zeitung noch in Anspruch nehmen; die nicht leben, wie die uralten Dänen verfahren und verfaßt wird; wie sie durch ihr Abonnement eine bürgerliche Zeitung finanzieren und der Bourgeoisie ein Unternehmen bezahlen, das nur den schwerreichen Familien das Wissen vermittelt, wie sie ihr angenehmes Leben noch angenehmer, prunkvoller und verschwendlicher gestalten können.

Arbeiter und Angestellte! Jede Rubrik,

jede Zeile einer bürgerlichen Zeitung dient nur der Erhaltung des bürgerlichen Klassenstaates,

der Niederhaltung Eures Lebensstandards, damit die oberen Zehntausend seine Schmälerung ihres Wohllebens erleben können. Darum hinaus mit der bürgerlichen Presse als deren Häupter. Unterwirft die Zeitung die auf Eure Verhältnisse zugeschnitten ist, die Eure Interessen vertritt, die die Grundlagen eines neuen Gemeinwesens propagiert und die Euch die Kraft vermittelt, für den Kampf um die Befreiung Eurer Lebensverhältnisse durch die Beteiligung der ausbeutenden und unterdrückten Klassen herrschaft des Geldes. Erkennt das nun endlich und handelt danach.

Werdet die bürgerliche Zeitung aus dem Hause!

Abonnieret den „Klassenkampf“!

Bitterfeld. Die proletarischen Briefstausendzähler veranlassen am Sonntag, dem 8. Mai, einen Briefstausendzähler in Bitterfeld. Bereits am 1. Mai erfolgte anlässlich der Demonstration in Halle auf dem Sandberge ein solcher Briefstausendzähler von den Arbeitern mit großer Aufmerksamkeit und Begeisterung verfolgt wurde. Die Briefstausendzähler haben die ihren Bestimmungen erfüllt und sind dieser Aufforderung gelungen beizutreten. Die Bitterfelder Arbeiterklasse wird am Sonntag,

Glegenheit haben, einen solchen Massenaufzug zu beobachten, morgens um 7 Uhr am Bahnhof.

3. Die. Der Ministerialrat Hans Witzler spricht in einer großen öffentlichen Kundgebung am Freitag, dem 6. Mai, abends 8 Uhr, im Gefäß. Alle proletarischen Organisationen werden aufgefordert, für einen starken Besuch der Kundgebung zu agitieren.

Sab Schmieberg. Gegen den Faschismus. Am 7. und 8. Mai findet das Wittenberger Untertreffen der roten Front in Schmieberg statt. Zum ersten Male soll das schäumende appellieren der an die Arbeiterbataillone widerhallen. Wir unterstützen Bitterfeld-Wittenberger-Deutsches und Eilenburg, sich gegen unsern Treffer zu betätigen. Anmeldungen sind zu richten an Paul Tschimig, Sab Schmieberg, Gärtnerstraße 30.

Wittenberg. Gasfahrschleierei. Durch Spaziergänger, die sich Friedenthal bei Kropfstadt einen Sonntagsausflug am

Das Auftreten neuer Krankheiten im rationalisierten Deutschland

Als Folge der sich immer weiter verächtlichen Lebenshaltung des Proletariats in der rationalisierten Wirtschaft Deutschlands, als Folge der — sogar immer ausgeprägten — ungesunden Lebenshaltung des mittels großen Teiles der deutschen Arbeiterkraft ist eine starke Zunahme aller der Krankheiten zu verzeichnen, die ihre Ursache in der mangelnden Ernährung haben. So ist beispielsweise die Zunahme in ihrem dauernden Anhalten ein fester Gradmesser für das immer weitere Sinken des Lebensstandards der Arbeiterkraft. Die ungesunde Ernährungsweise hat im Verein mit der ständig steigenden Ausbeutung der im Produktionsprozess Beschäftigten eine immer tiefer greifende Verschlechterung des Gesundheitszustandes zur Folge. Die Auswirkung dieses Zustandes zeigt sich nicht nur im Auftreten der als typische Arbeiterkrankheiten zu betrachtenden Erkrankungen an Tuberkulose, Syphilis und Nervenkrankheiten, deren starke Zunahme sogar der Statistik innerminister von Reußel in einer Denkschrift an den Reichstag gegeben wurde. Es treten außerdem ganz neue, bisher in Deutschland kaum beachtete Erkrankungen immer stärker auf.

Sie ist in erster Stelle die Zunahme der Herzerkrankungen zu nennen. Täglich sterben nach dem Kriege etwa 100 000 Menschen an den Folgen von Herzerkrankungen. Im Jahre 1924 sogar über 109 000! Die Gesamtheit der Todesfälle durch Herzerkrankungen hat sich aber noch weiter erhöht, so daß nach vorläufiger Schätzung für 1926 mit einer Zahl von 115 000 bis 120 000 zu rechnen ist. Gegenwärtig macht der Sterbezweck durchschnittlich 18 Prozent aller Todesfälle überhaupt aus! Die Ursache für diese rasche Steigerung der Sterblichkeit ist nach den Untersuchungen der bayerischen Gesundheitsbehörden in den Einwirkungen des Hungers während und nach der Kriegszeit zu suchen, die in erster Linie die Herzmuskulatur schwer geschädigt haben, so schwer, daß auch eine Besserung der Ernährungsweise in der nächsten Zeit keinen Einfluß auf die Herz-todesfälle haben konnte. Die Herzschwäche wird im Gegenteil dadurch noch weiter tiefen, daß die Rationalisierung für die große Masse des Proletariats immer unangünstigere und unerträglichere Lebensbedingungen schafft.

Die Grippe,

die in den letzten Monaten ihren Siegeszug durch ganz Deutschland hielt, wobei übereinstimmend festgestellt wurde, daß das Proletariat davon in ungleichmäßig höherem Maße befallen war, als die bürgerliche Klasse, hat eine tiefliche Gesundheitskrise im Geolge; die Grippe-Schlagkrankheit (Euretholische Lethargia) hat schon in den Jahren 1918/19 und 1922 im Anschluß an die schweren Grippe-epidemien der damaligen Zeit eine große Anzahl Opfer gefordert. Sie ist bisher noch so gut wie unerforscht. Man weiß weder, ob sie ebenso wie die Grippe ansteckend ist, noch kennt man Maßnahmen von entscheidendem Einfluß auf den fast immer tödlichen Verlauf der Erkrankung. Im Jahre 1926 fanden in den bayerischen Großstädten über 500 Personen an dieser Krankheitsform der Grippe, die im allgemeinen oft ein halbes Jahr nach der überstandenen Infektion auftritt. Einer der besten Kenner dieses Krankheitsgebietes, Professor Dr. Schuster vom Friedrich-Wilhelm-Hospital in Berlin, ist der Ansicht, daß in einigen Monaten ein gewaltiger

1. Mai 1927 unternommen, konnte festgestellt werden, daß der Stößel von Kropfstadt in der Umgegend kein Anzeichen mehr der Grippe-Schlagkrankheit ab. Es ist dort kein Schicksal vorhanden und nach Hallen die haben in der Gegend umher und machen das Gelände unfruchtbar. Entsetzt mit erschauern haben, ist von den in der Nähe wohnenden Leuten bei der Landratsstelle in Kropfstadt Anträge wegen dieses Unfalls erstattet worden. Wir werden sehen, ob die Behörden etwas unternehmen.

Wittenberg-Pfeilsch. Neues. Am Montag, dem 2. Mai, nachmittags 4 Uhr wurde in der verlängerten Zimmermannstraße der 13 Jahre alte Sohn des Arbeiters Rottloff, wohnhaft Radstraße 5, aufgefunden und schwer verletzt. Der Motorradfahrer, der 31 Jahre alt, hatte eine starke Erhöhung der Kropfkrankheit im Geolge. Diese Erkrankung, über deren Ausdehnung gegenwärtig von den Medizinischen Behörden weitere Ermittlungen angestellt werden, beruht auf ungenügender Beobachtung infolge Fehlens von frischem Gemüse in der Nahrung. Nach den Untersuchungen von Schilling und Magnus zeigt die „porzöse Anämie“ eine stets tödlich verlaufende Blutkrankheit, die mit hochgradiger Festsetzung der Muskulaturen einhergeht. Seit dem Jahre 1915 um das Vierfache gestiegen. Als Ursache für das Entstehen dieser früher ziemlich seltenen Erkrankung wird von allen bürgerlichen Wissenschaftlern die Verschlechterung der Lebens- und Ernährungsweise der Arbeiterkraft angesehen! Ernährungslosigkeit und Mangelernährung zwingen die Arbeiter, ihre Lebenshaltung immer weiter einzuschränken. Darüber vertritt die bürgerliche Statistik Dr. A. Kucynski interessante amtliche Zahlen. Vor dem Kriege dienten der menschlichen Nahrung jährlich 9 640 000 Tonnen Getreideerzeugnisse, nach dem Kriege nur noch 8 841 700 Tonnen oder 7 Prozent weniger. An Bäckereierzeugnissen wurden vor dem Kriege 477 900 Tonnen, nach dem Kriege nur noch 244 400 Tonnen verbraucht. 1915 kamen auf den Kopf der Bevölkerung 208 Kilogramm Kartoffeln, 1924 nur noch 182 Kilogramm. In den Jahren 1909 bis 1918 wurden 3 647 000 Tonnen Fleisch und Fett jährlich verbraucht, 1920 bis 1924 jährlich nur 2 198 500 Tonnen oder 40 Prozent weniger. Der Verbrauch an Äpfeln sank von 555 800 Tonnen jährlich vor dem Kriege auf 519 200 Tonnen jährlich in der Nachkriegszeit. Ganz besonders stark ist der Rückgang an Wolferzeugnissen, der vor dem Kriege jährlich 12 828 000 Tonnen betrug. Nach dem Kriege sank er auf 7 733 900 Tonnen mit Brod und Lag wurden 1013 348 Gramm Milch verbraucht, jetzt nur noch 172 Gramm! Der Verbrauch an Eier ist von 7050 Millionen Stück auf 6620 Millionen Stück, also um 50 Prozent gesunken. Vor dem Kriege kamen auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 108 Eier, jetzt nur noch 63. Alle anderen Lebensmittel zeigen ähnliche Verhältnisse.

Anteil der Todesfälle an „Schlafsucht“

erfolgen wird, wenn die Folgen der Grippe vom Januar und Februar 1927 sich bemerkbar machen.

Die unzureichende und minderwertige Nahrung, auf die das deutsche Proletariat in seiner Gesamtheit angewiesen ist, hat neuerdings eine starke Erhöhung der Kropfkrankheit im Geolge. Diese Erkrankung, über deren Ausdehnung gegenwärtig von den Medizinischen Behörden weitere Ermittlungen angestellt werden, beruht auf ungenügender Beobachtung infolge Fehlens von frischem Gemüse in der Nahrung.

Nach den Untersuchungen von Schilling und Magnus zeigt die „porzöse Anämie“ eine stets tödlich verlaufende Blutkrankheit, die mit hochgradiger Festsetzung der Muskulaturen einhergeht. Seit dem Jahre 1915 um das Vierfache gestiegen. Als Ursache für das Entstehen dieser früher ziemlich seltenen Erkrankung wird von allen bürgerlichen Wissenschaftlern die Verschlechterung der Lebens- und Ernährungsweise der Arbeiterkraft angesehen!

Ernährungslosigkeit und Mangelernährung zwingen die Arbeiter, ihre Lebenshaltung immer weiter einzuschränken. Darüber vertritt die bürgerliche Statistik Dr. A. Kucynski interessante amtliche Zahlen. Vor dem Kriege dienten der menschlichen Nahrung jährlich 9 640 000 Tonnen Getreideerzeugnisse, nach dem Kriege nur noch 8 841 700 Tonnen oder 7 Prozent weniger. An Bäckereierzeugnissen wurden vor dem Kriege 477 900 Tonnen, nach dem Kriege nur noch 244 400 Tonnen verbraucht. 1915 kamen auf den Kopf der Bevölkerung 208 Kilogramm Kartoffeln, 1924 nur noch 182 Kilogramm. In den Jahren 1909 bis 1918 wurden 3 647 000 Tonnen Fleisch und Fett jährlich verbraucht, 1920 bis 1924 jährlich nur 2 198 500 Tonnen oder 40 Prozent weniger. Der Verbrauch an Äpfeln sank von 555 800 Tonnen jährlich vor dem Kriege auf 519 200 Tonnen jährlich in der Nachkriegszeit. Ganz besonders stark ist der Rückgang an Wolferzeugnissen, der vor dem Kriege jährlich 12 828 000 Tonnen betrug. Nach dem Kriege sank er auf 7 733 900 Tonnen mit Brod und Lag wurden 1013 348 Gramm Milch verbraucht, jetzt nur noch 172 Gramm! Der Verbrauch an Eier ist von 7050 Millionen Stück auf 6620 Millionen Stück, also um 50 Prozent gesunken. Vor dem Kriege kamen auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 108 Eier, jetzt nur noch 63. Alle anderen Lebensmittel zeigen ähnliche Verhältnisse.

Die kapitalistische Rationalisierung bringt dem Proletariat nur Ernährungslosigkeit, Lohnminderung und Arbeitsverlängerung.

Infolge der immer weiter intensiven Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse zeigen die Erkrankungs- und Sterblichkeitskennzahlen aller Krankheiten, besonders aber der Ernährungskrankheiten weiter an. Der Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne und Einwirkung der Gewerkschaften in den Produktionsprozess ist die lebenswichtigste Aufgabe des kassenbewußten Proletariats.

Neues aus aller Welt

Explosionsunfall

Am Sonnabendnachmittag ereignete sich in einer Frankfurter Gold- und Silbergeschmiede eine heftige Explosion, die vermutlich durch Gas verursacht wurde, welche beim Trocknen von Holzkohle entstanden sind. Ein Laborant verlor im Krankenhaus an den Folgen schwerer Brandwunden, ein zweiter Laborant wurde ebenfalls schwer verbrannt, befindet sich jedoch auf dem Wege der Besserung.

Doppelstirnort

Vorgestern Abend sprangen eine männliche und eine weibliche Person von einer Brücke in Riedelsdorf in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Die beiden wurden durch die heftige Strömung sofort abgetrieben und fielen fortwährend am Riffe. Die von Fischern und Badenden angestellten Rettungsversuche waren erfolglos. Die Leichen sind noch nicht geborgen worden.

Mißglückter Ueberfall auf einen Schnellzug

Wie der „Glos Fremden“ aus Bremen gemeldet wird, wurde vorgestern Abend gegen acht Uhr der Schnellzug Lemberg — Krafaun in der Nähe von Karoslaw von einer Räuberbande aus Kosopolern und Gwozden stark bedrungen. Im Restaurationswagen wurden

sämtliche Scheine getrimmert. Offenbar war geplant, den Zug anzuhalten und ihn dann auszuliefern. Der Anschlag mißlang aber, da der Lokomotivführer die Fahrt fortsetzte. Verletzt wurde niemand. Die Täter werden von der Polizei verfolgt.

Keine Hoffnung auf Rettung der Bergarbeiter in Virginia

Den Rettungsmannschaften ist es wegen des ausströmenden giftigen Gases nicht gelungen, die noch im Bergwerk eingeschlossenen Bergarbeiter zu befreien. Man hat die Hoffnung, die eingeschlossenen zu retten, fast aufgegeben. Bisher sind 15 Bergleute tot geborgen, zwei sind lebensgefährlich verletzt.

Ein Flugzeug vom Blitz getroffen

In Norfolk (Virginia) hat ein Mißgeschick ein Flugzeug, das sofort abstürzte. Die vier Insassen sind bei dem Unfall ums Leben gekommen.

Raddelfootunfall auf dem Rhein

Ein mit einer Dame und einem Herrn besetztes Raddelfootboot kenterte am Sonntagabend in Düsseldorf, als das Boot dem Schußfeld eines Dampfers zu nahe gekommen war. Die Dame, die offenbar einen Schlag von dem Schaufelrad erhalten hatte, ist tot. Der Mann konnte gerettet werden.



Die höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands

Die höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands führt bei Mühlhausen im Rheinland über die Wupper. Sie hat eine Länge von 500 Metern und eine Höhe von 107 Metern. Ihr Bau erforderte 5 100 000 Kilogramm Eisen. Das Bauwerk wurde vor 30 Jahren fertiggestellt.

